

Sachantrag zur Behandlung im Stadtrat/ Gesamtplenum

14. SEPTEMBER 2020

Betreff: Situation der aus Seenotrettung geretteter Geflüchteter sowie Situation der in den Elendslagern an den Europäischen Außengrenzen ausharrender Geflüchteter

Anlass:

Die gegenwärtige wirtschaftliche Rezession und die Corona-Pandemie betrifft uns alle. Für geflüchtete Menschen ist die Lage nochmals bedrohlicher, ist aber in den zurückliegenden Monaten nahezu vollständig aus dem öffentlichen Fokus verschwunden.

Fluchtursachen, wie Krieg, Vertreibung, Folter, Verfolgung politisch Andersdenkender, Verfolgung von Menschen aufgrund Ihrer sexuellen Identität, sind nach wie vor in unverändert erschreckendem Ausmaß vorhanden. Eine wirksame Bekämpfung von Fluchtursachen findet – trotz entsprechender Lippenbekenntnisse - weder auf europäischer noch auf supranationaler Ebene statt. Auch die Auswirkungen der globalen Klimakrise sowie eine weiterhin unverändert hegemonial-aggressive Wirtschaftspolitik der „Global Player Staaten“ treiben Menschen - unter Einsatz von Gesundheit, Leib und Leben - dazu, aus den sie betreffenden desaströsen Lebensbedingungen zur Flucht in eine ungewisse Zukunft aufzubrechen.

In mittlerweile - bereits offiziell - mehreren zehntausenden Fällen endeten & enden diese Fluchten durch Ertrinken auf den zentralen Fluchtrouten im Mittelmeer, zunehmend aber auch über die noch einmal gefährlichere Atlantik-Route, sowie im Ärmelkanal zwischen Frankreich und Großbritannien.

Die in Seenot geratenen und insbesondere vor der lybischen Küste aufgegriffenen Geflüchteten erleben nicht zuletzt in den Auffanglagern auf lybischem Staatsgebiet neuerlich Bedrohung, Terror und Folter und bleiben so in ihrer Aussichtslosigkeit Gefangene eines in Fragen der Migrations- & Asylpolitik in sich anhaltend zerstrittenen Kontinental-Europas. Einig sind sich die Mitgliedsstaaten der EU bislang nur in ihrer Unfähigkeit, in Verantwortung des Art. 1 GG für die Geflüchteten legale Fluchtmöglichkeiten nach und Aufnahmebedingungen in Europa zu schaffen.

Die Lebensbedingungen in den überfüllten griechischen Flüchtlingslagern sind katastrophal und unvereinbar mit den Menschenrechten. Mit dem verheerenden Brand im Flüchtlingslager Moria auf der griechischen Insel Lesbos in der zurückliegenden Woche ist die Situation für die dort gestrandeten 12.000 geflüchteten Menschen noch einmal in nicht mehr in Wort zu fassender Art und Weise dramatischer geworden. Insbesondere mehrere tausend Kinder, Jugendliche & allein-flüchtende Frauen leiden besonders unter dieser Situation. Die notwendige Hilfe zu verweigern ist und bleibt ein Armutszeugnis für Europa.

Lediglich 47 Minderjährige wurden im April aus den Lagern nach Deutschland geholt, im Juli noch einmal insgesamt 165 Personen. Deutschland hat sich zurückliegend bereit erklärt, insgesamt 243 behandlungsbedürftige Kinder mit ihren Familien aus den griechischen

Elendslagern aufzunehmen. Diese Zahl ist durch die zurückliegenden Aufnahmen nun erreicht. Derzeit befinden sich in den Lagern auf den griechischen Inseln nach wie vor weit über 40.000 Menschen. Es besteht also weiterhin dringender humanitärer Hilfebedarf.

Nicht zuletzt der Bundesminister des Inneren verhindert derzeit weitergehende Lösungsansätze, untersagt – bzw. verweigert die Zustimmung hierzu - es z.B. aufnahmebereiten Bundesländern & Kommunen in ganz Deutschland weitere Geflüchtete in eigener Zuständigkeit aufzunehmen. Die Seenotrettung wird nicht zuletzt durch neue Erlasse des Verkehrsministeriums, die Anforderungen an die Ausbildung der Kapitäne sowie die technische Ausstattung der Schiffe zu erhöhen, zunehmend verhindert.

Geeignete Maßnahmen:

Sofortmaßnahme/ Politischer Wille: Abgabe einer Willenserklärung zum Beitritt der Großen Kreisstadt Traunstein zur Initiative „Städte Sicherer Häfen“ (nach Potsdamer Erklärung vom 03.06.19).

Weitere Maßnahmen in Rücksprache mit den in der Arbeit für und mit Geflüchteten tätigen Helferverbänden: Abgabe einer zusätzlichen Erklärung der Großen Kreisstadt Traunstein, zusätzlich zur Verteilung nach Königsteiner Schlüssel eine in Rücksprache mit den Jugendämtern, sowie den freien Trägern der Jugendhilfe und privaten Initiativen (z.B. Netzwerk Asyl) festzulegende Anzahl von minderjährigen Geflüchteten aus den griechischen Elendslagern zeitnah (vor Einbruch des Winters) aufzunehmen.

Start einer gemeinsamen Initiative von Großer Kreisstadt Traunstein und Landkreis Traunstein zur Schaffung einer Aufnahme-Möglichkeit speziell von allein flüchtenden Frauen. Diese sind in den sog. ANKER-Zentren vollkommen inadäquat untergebracht, dort in unzähligen Fällen neuerlich psychischer, sexueller und körperlicher- und in aller Regel von Männern ausgehender – Gewalt schutzlos ausgesetzt. Bsp. München/ Biss 07/20

Beständige Kommunikation der Bereitschaft der Großen Kreisstadt Traunstein an die verantwortlichen Ministerien & weiteren beteiligten Stellen.

Beschlussvorschlag:

- 1.) Die Große Kreisstadt Traunstein/ der Landkreis Traunstein beschließt den Beitritt zur Potsdamer Erklärung der „Städte Sicherer Häfen“ vom 03.06.2019.

Mit freundlichen Grüßen

Denis Holl
Stadtrat der Partei DIE LINKE / Kreisvorsitzender

Peter Forster
Fraktionsvorsitzender SPD/DIE LINKE
im Traunsteiner Stadtrat